



Umfrage Februar 2022

Erschöpfte Gesellschaft

Auswirkungen von 24 Monate Pandemie
auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Umfrage Februar 2022

Erschöpfte Gesellschaft

Auswirkungen von 24 Monaten Pandemie
auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Kontakt

Kai Unzicker
Senior Project Manager
Programm Lebendige Werte
Bertelsmann Stiftung
Telefon 05241 81-81405
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de
www.bertelsmann-stiftung.de
www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de

Titelbild: © engel.ac – stock.adobe.com

Inhalt

1	Spuren der Pandemie: Gesellschaftlicher Zusammenhalt nach 24 Monaten Krise	4
2	Kohäsion messbar machen	4
3	Die Sorge um den Zusammenhalt.....	5
4	Vertrauen in politische Institutionen und Demokratiezufriedenheit.....	7
5	Solidarität und Vertrauen.....	8
6	Diskussionskultur und Umgang miteinander	9
7	Verschwörungsglaube und der Protest gegen die Corona- Maßnahmen	10
8	Fazit.....	13
9	Literatur	14

1 Spuren der Pandemie: Gesellschaftlicher Zusammenhalt nach 24 Monaten Krise

Zum Jahresbeginn 2022 sorgt eine Meldung für Aufmerksamkeit, dass laut einer vom Caritas Verband in Auftrag gegebenen Studie 72 Prozent der Deutschen – also fast drei Viertel – die Auffassung vertreten, der gesellschaftliche Zusammenhalt habe durch die Pandemie gelitten (Caritas Deutschland 2022). Nach inzwischen zweijährigem Sozialleben unter Vorgaben des Infektionsschutzes, zermürenden Debatten um das Impfen und noch immer nicht erkennbarem Licht am Ende des Tunnels der Pandemie ist eine allseitige Erschöpfung und zunehmende Grundgierigkeit nicht verwunderlich. Auf der anderen Seite erinnern wir uns noch gut an jenen ersten Lockdown im Frühjahr 2020, als die Menschen zupackend Nachbarschaftshilfe organisierten und von ihren Balkonen dem Virus und der Vereinsamung singend Paroli boten.

Wie beeinflusst eine Krisenzeit wie die Pandemie daher tatsächlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Lässt sie die Menschen näher zusammenrücken oder vertieft sie soziale Bruchlinien? Diese Fragen gewinnen an Relevanz, weil wir mit dem Ukraine-Krieg bereits mitten in der nächsten, für den Frieden in Europa sogar schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg stecken.

Insofern drängt sich auch die Frage auf, wie nachhaltig und widerstandsfähig kohäsive Kräfte sein können und wie man sie fördern kann, wenn die Krisenhaftigkeit zu einer Art gesellschaftlichem Dauerzustand wird. Denn auch die großen Transformationsaufgaben, vor denen wir stehen, wie etwa die Klimawende oder die Digitalisierung, sind mit riesigen gesellschaftlichen Umbrüchen verbunden, die als krisenhaft empfunden werden können.

2 Kohäsion messbar machen

Für eine Beschäftigung mit solchen Fragen lohnt es sich, einen Schritt zurückzutreten. Als Bertelsmann Stiftung untersuchen wir seit über zehn Jahren regelmäßig den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Über gesonderte Zeitreihen können wir sogar bis zur Wiedervereinigung zurückschauen. Stabilität war in all diesen Studien stets ein zentrales Ergebnis. Der Zusammenhalt hatte sich in den 30 Jahren zwischen 1990 und 2020 kaum verändert. Vor allem können wir in unseren empirischen Befunden keinen Hinweis auf ein Auseinanderbrechen der Gesellschaft finden. Gleichwohl ist der öffentliche Diskurs bereits seit längerem von erheblichen Sorgen um den Zusammenhalt geprägt. Rund drei Viertel der Menschen im Land haben das Gefühl, der Zusammenhalt sei zumindest teilweise gefährdet (Dragolov et al. 2014, Arant et al. 2017) und eine andere aktuelle Studie (Schulz und Faus 2022) präsentiert eine Zeitreihe von 2015 bis 2021, mit ebenfalls durchweg hoher Zustimmung zu der Aussage, der Zusammenhalt ginge zunehmend verloren (Schulz und Faus 2022).

In unseren Untersuchungen unterscheiden wir jedoch zwischen einer „gefühlten Sorge“ um das soziale Miteinander und tatsächlichen Anzeichen für Spaltungstendenzen oder gar einem Auseinanderbrechen des gesellschaftlichen Gefüges. Hierbei stellt sich sofort die Frage, was überhaupt unter gesellschaftlichem Zusammenhalt zu verstehen ist und wie man dieses Phänomen empirisch erfassen kann. Wir haben zu diesem Zweck ein mehrdimensionales Modell entwickelt, das die unterschiedlichen Aspekte der Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders (belastbare soziale Beziehungen, positive emotionale Verbundenheit mit dem Gemeinwesen sowie ausgeprägte Gemeinwohlorientierung) mit insgesamt 36 Einzelindikatoren erfasst (Arant et al. 2017, Dragolov et al. 2014). Dieses Messinstrument, der „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“, erlaubt es, einen differenzierenden Blick auf die konstituierenden Elemente gelingenden Zusammenhalts zu werfen und dabei sowohl Veränderungen in zeitlicher Perspektive als auch unterschiedliche Einstellungen in den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen zu analysieren.

In der vorliegenden Untersuchung geht es uns darum, genauer herauszuarbeiten, wie sich die Corona-Pandemie in ihrem Verlauf auf den Zusammenhalt ausgewirkt hat. Idealerweise lassen sich hierbei strukturelle Eigenarten ausmachen, die auch für andere gesellschaftliche Krisen – oder eine krisenhafte Gegenwart insgesamt – Bedeutung haben könnten.

Methodisch setzen wir bei diesem Vorhaben mehrere Erhebungen der letzten Jahre zueinander ins Verhältnis: Die Befragungsergebnisse des Radars aus dem Jahr 2017 (Arant et al 2017), drei Befragungswellen im Jahr 2020

(Follmer et al. 2020, Brand et al. 2021) sowie die Ergebnisse der Wertestudie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2020 (El-Menouar 2021, El-Menouar und Unzicker 2021). Zusätzlich haben wir im Februar 2022 eine Auswahl von Fragen, die zum üblichen Repertoire der Zusammenhalts-Studien der Bertelsmann Stiftung gehören, in einer Online-Befragung erhoben.

Tabelle 1: Datenquellen

2017	5.041 Fälle, Telefonbefragung
2020/Welle 1 (Februar/März)	3.000 Fälle, Telefonbefragung
2020/Welle2 (Mai/Juni)	1.000 Fälle, Telefonbefragung (Wiederholungsbefragung von Welle 1)
2020/Wertestudie (November)	1.021 Fälle, Online
2020/Welle3 (Dezember)	611 Fälle, Telefonbefragung (Wiederholungsbefragung von Welle 2)
2022 (Februar)	1.000 Fälle, Online

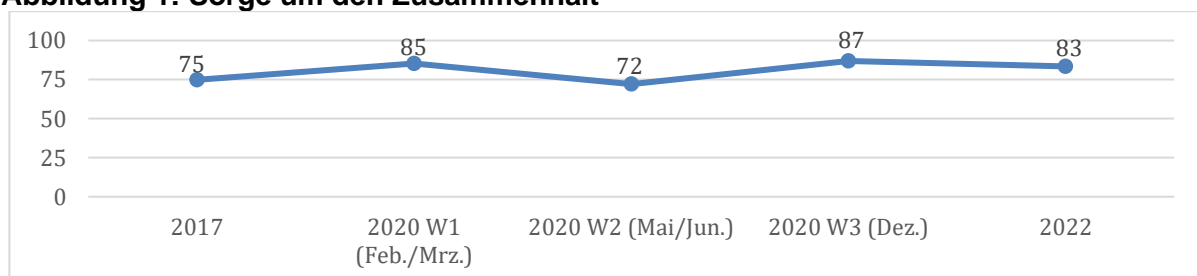
Die unterschiedlichen Datenquellen und Erhebungsmethoden grenzen die Vergleichbarkeit der Messwerte ein Stück weit ein. Außerdem birgt der Vergleich von Telefon- und Online-Befragungen die Gefahr, dass Teilnehmer:innen je nach Befragungsmodus leicht abweichend antworten. Vor diesem Hintergrund sollten die hier präsentierten Ergebnisse zurückhaltend interpretiert und kleinere Unterschiede zwischen den Erhebungszeiträumen nicht überbewertet werden. Bei erheblichen Abweichungen im Zeitverlauf erscheint eine Trend-Interpretation aber als durchaus zulässig.

Weil nicht bei allen Befragungen alle 36 Indikatoren des Radars erhoben wurden, beschränken wir uns auch im Folgenden auf ausgewählte Messgrößen (wie Institutionenvertrauen, Vertrauen in die Mitmenschen sowie Solidarität und Hilfsbereitschaft), um die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nachzeichnen zu können. Zusätzlich haben wir in einigen Erhebungen nach einer Bewertung des Zusammenhalts sowie weiteren grundsätzlichen Einstellungen (Zukunftssorgen, Lebenszufriedenheit, Einsamkeit und Demokratiezufriedenheit) gefragt. Diese Aspekte fließen üblicherweise nicht in unser Modell ein.

3 Die Sorge um den Zusammenhalt

Ausgehend davon, dass die ausgeprägte Sorge um den Zusammenhalt schon länger besteht (Abbildung 1) und daher per se kein besonders herausstechender Befund ist, fällt ins Auge, dass dies im Sommer 2020 anders ist: Plötzlich blicken die Menschen im Gegensatz zu Jahresbeginn und Jahresende ein klein wenig optimistischer auf die Gesellschaft. Von dieser geringeren Besorgnis – die indes nur im Vergleich mit den anderen Werten sichtbar wird – scheint heute nichts mehr übrig zu sein. Im Februar 2022 teilen wieder über 80 Prozent der Befragten – fast so viele wie im Winter 2020 – die Einschätzung, der Zusammenhalt sei gefährdet. Das sind deutlich mehr als 2017. Vermutlich war der sommerliche Optimismus 2020 vor allem getragen von einem Gefühl der Unbeschwertheit und Hoffnung nach den Einschränkungen des ersten Lockdowns.

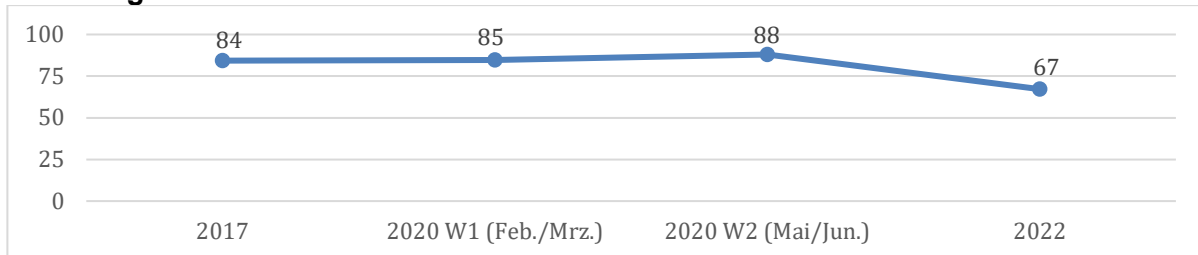
Abbildung 1: Sorge um den Zusammenhalt



Anmerkung: Angeben ist die Zustimmung zu der Aussage „Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gefährdet“ (stimmt völlig, stimmt ziemlich und teils/teils) sowie die Antwort auf die Frage „Und wie ist das in ihrer Wohngegend? Ist der Zusammenhalt dort....“. Jeweils in Prozent für die unterschiedlichen Erhebungszeiträume.

Eine deutliche Veränderung verzeichnen wir über die Pandemie hinweg auch bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit. Diese hat im Verlauf der Pandemie offensichtlich gelitten. Geben in früheren Befragungen und selbst noch im Sommer 2020 über 80 Prozent der Befragten an, eher zufrieden mit ihrem Leben insgesamt zu sein (Werte 6 bis 10 auf einer Skala von 0 bis 10), so sind es im Februar 2022 nicht mal mehr 70 Prozent, die so antworten. Die sozialen, psychischen und wirtschaftlichen Belastungen der 24 Krisenmonate scheinen also ihre Spuren hinterlassen zu haben.

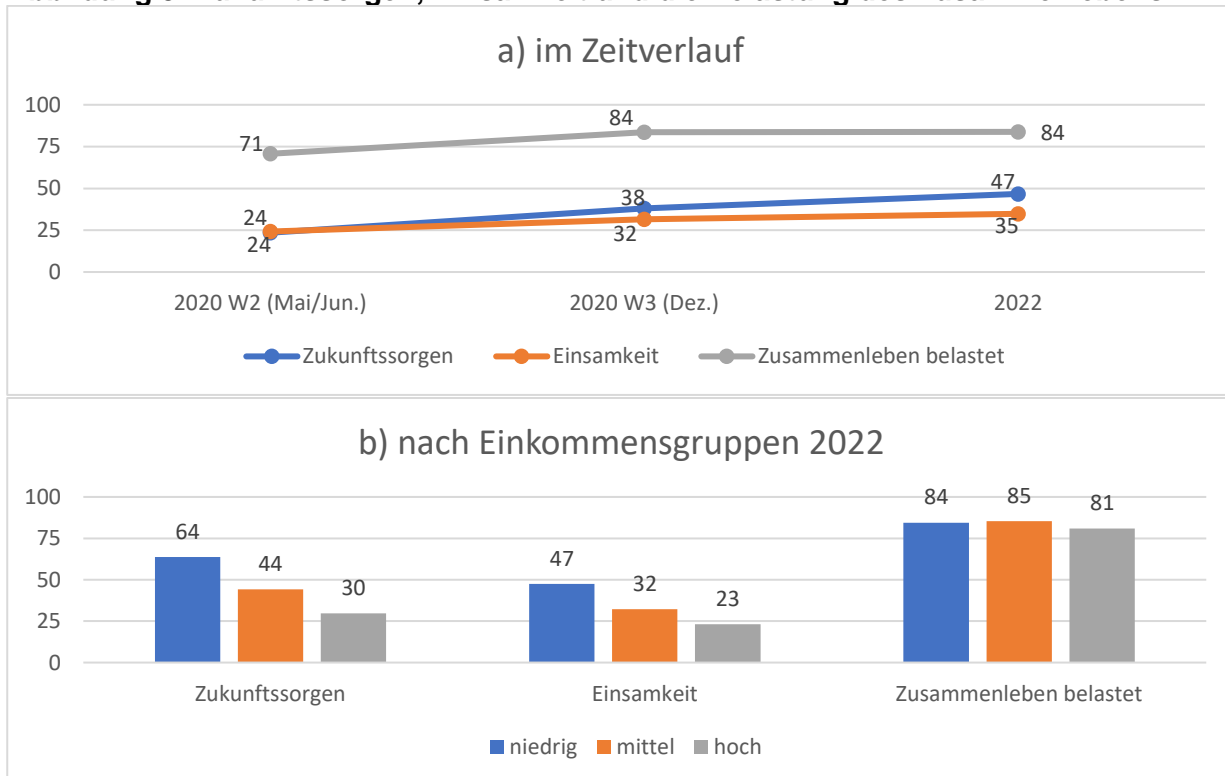
Abbildung 2: Lebenszufriedenheit im Zeitverlauf



Anmerkung: Angeben ist die Antwort auf die Frage „Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben. Antworten Sie bitte auf einer Skala von 0, ganz und gar unzufrieden, bis 10, ganz und gar zufrieden.“ Angegeben sind jeweils in Prozent die Anteile für die Werte 6 – 10 für die unterschiedlichen Erhebungszeiträume.

Fast die Hälfte aller Befragten äußert inzwischen große Zukunftssorgen, gut ein Drittel gibt an, sich einsam zu fühlen und, passend zu den zuvor berichteten Ergebnissen, haben 84 Prozent den Eindruck, das Zusammenleben sei belastet. Zukunftssorgen und Einsamkeit sind insbesondere unter Befragten mit einem niedrigen Einkommen deutlich ausgeprägter.

Abbildung 3: Zukunftssorgen, Einsamkeit und die Belastung des Zusammenlebens

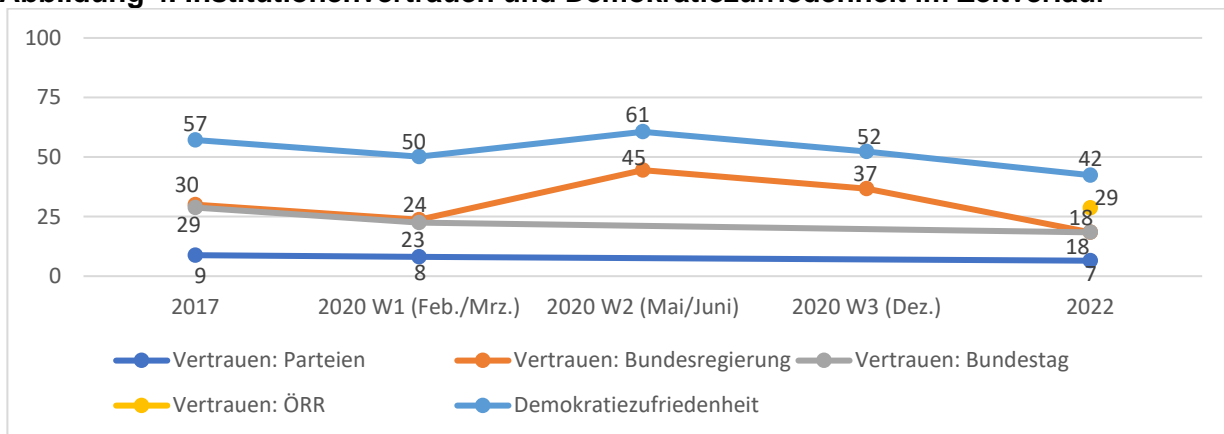


Anmerkung: Angeben sind die Zustimmungen zu folgenden Aussagen „Ich mache mir große Sorgen um meine Zukunft“, „Ich fühle mich ein wenig einsam“ und „Ich habe den Eindruck, dass die Corona-Pandemie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft stark belastet“. Angegeben sind jeweils in Prozent die Anteile „Trifft zu“ für die unterschiedlichen Erhebungszeiträume.

4 Vertrauen in politische Institutionen und Demokratiezufriedenheit

Einen erheblichen Boom erlebt im ersten Jahr der Pandemie das Vertrauen in politische Institutionen. Während die Menschen in Deutschland regulativen Institutionen (Gerichte, Polizei) traditionell verhältnismäßig stark vertrauen (Unzicker 2019), befindet sich vor der Pandemie das Vertrauen in politische Institutionen auf eher niedrigem Niveau. In den ersten Monaten der Pandemie – der „Stunde der Exekutive“ (Bischoff et al. 2020) – kommt es jedoch zu einem deutlichen Vertrauenszuwachs und einer weitaus positiveren Bewertung politischer Institutionen, insbesondere der Bundesregierung. Für den Verlauf des Jahres 2020 lässt sich anhand unserer Radar-Daten das Vertrauen in die Bundesregierung nachzeichnen. In Abbildung 4 erkennt man den deutlichen Anstieg zum Sommer hin. Aktuell sind die Werte wieder erheblich zurückgegangen und liegen auch niedriger als 2017.

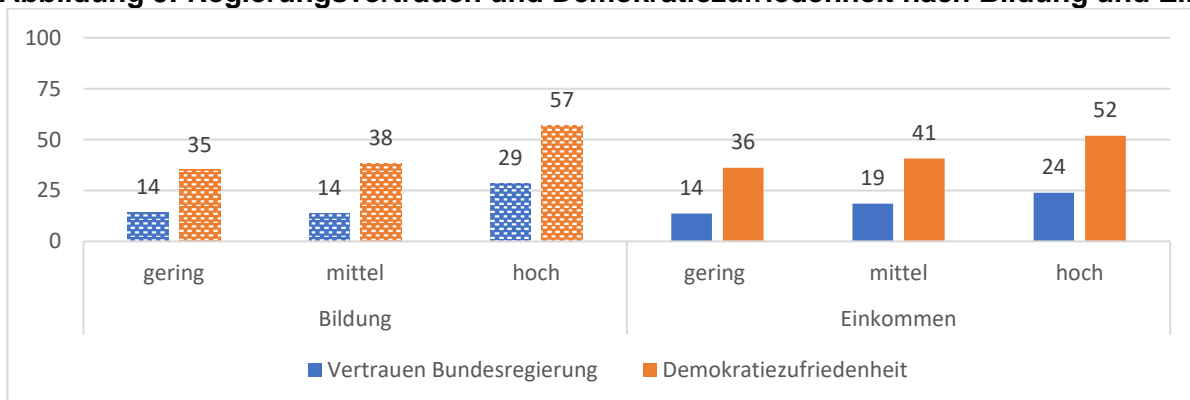
Abbildung 4. Institutionenvertrauen und Demokratiezufriedenheit im Zeitverlauf



Anmerkung: Angeben sind in Prozent die Antworten „großes Vertrauen“ und „sehr großes Vertrauen“ auf die Fragen „Wie groß ist das Vertrauen, das Sie den politischen Parteien/der Bundesregierung/dem Bundestag/dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk entgegenbringen?“ sowie „stimmt völlig“ und „stimmt ziemlich“ im Hinblick auf die Aussage „Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden“ für die unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte. Es liegen nicht für alle Zeitpunkte für alle Fragen Daten vor.

Dies gilt auch für das Vertrauen in den Bundestag und in politische Parteien, wobei hierfür keine Werte aus der Zeit dazwischen vorliegen. Im Verlauf der Pandemie hat sich somit der Vertrauensgewinn der Anfangsphase nicht nur wieder aufgezehrt, sondern die Daten liefern Hinweise darauf, dass es sogar zu einem darüberhinausgehenden Verlust an politischem Vertrauen gekommen ist. Insbesondere die Unzufriedenheit der Bürger:innen mit dem Krisenmanagement der Regierung ist hierfür als Ursache zu nennen. Diese Unzufriedenheit hat laut den Zeitreihen von Kohlrausch und Hövermann (2022) im Verlauf der Pandemie sukzessive zugenommen: Sind danach im April 2020 noch 67 Prozent zufrieden, sinkt dieser Anteil im Januar 2022 auf nur noch 31 Prozent. In der Gruppe mit dem geringsten Haushaltseinkommen sind laut dieser Studie sogar nur noch 24 Prozent zufrieden mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung.

Abbildung 5: Regierungsvertrauen und Demokratiezufriedenheit nach Bildung und Einkommen



Anmerkung: Angeben sind in Prozent die Antworten „großes Vertrauen“ und „sehr großes Vertrauen“ auf die Frage „Wie groß ist das Vertrauen, das Sie der Bundesregierung entgegenbringen?“ sowie „stimmt völlig“ und „stimmt ziemlich“ im Hinblick auf die Aussage „Alles in allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden“ differenziert nach Bildung und Einkommen.

Einen ähnlichen und gleichsam besorgniserregenden Befund verzeichnen wir bei der Demokratiezufriedenheit. Der Aussage „Alles in Allem bin ich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, zufrieden“ stimmen im Februar 2022 nur noch 42 Prozent der Befragten zu. Dies sind deutlich weniger als im Sommer 2020, als die Zufriedenheit mit 61 Prozent besonders stark ausgeprägt war, und auch weniger als im Jahr 2017 (57 Prozent).

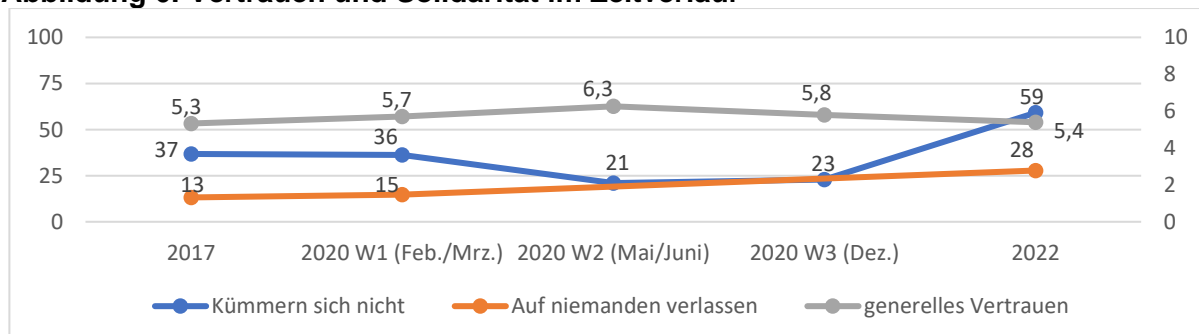
Wirft man einen genaueren Blick auf die aktuellen Daten, zeigen sich insbesondere ein Bildungs-, aber auch ein Einkommenseffekt: Personen mit höherer Bildung bzw. höherer formaler Bildung sind zufriedener mit der Demokratie und verfügen über ein größeres Vertrauen in die Regierung. Ähnlich, aber nicht ganz so stark gehen die Einstellungen auseinander, wenn man nach Einkommen differenziert. Dieser unterschiedliche Trend je nach sozio-ökonomischer Lage lässt sich bereits 2020 verzeichnen, als die Stimmung noch insgesamt gut ist, aber Personen in prekären Lebenslagen deutlich skeptischer sind (Brand et al 2021).

5 Solidarität und Vertrauen

Die Krise hat vor allem Gelegenheit dazu geboten, im lokalen Umfeld Solidarität und Hilfsbereitschaft zu beweisen. Gerade in der ersten Pandemiephase entstehen zahlreiche Nachbarschaftshilfen, Unterstützungsangebote für Risikogruppen oder auch Initiativen, die ehrenamtlich Masken nähen. Tatsächlich hat eine Mehrheit der Deutschen in der Zeit von März bis Oktober 2020 außerhalb des eigenen Haushalts Unterstützung angeboten (Höltmann und Hutter 2021). Diese Entwicklung schlägt sich auch in unseren Daten nieder: Die Befragten haben im Sommer 2020 einen erheblich positiveren Eindruck von der Solidarität ihrer Mitmenschen. Sind beispielsweise zuvor mehr als ein Drittel der Auffassung, dass es die meisten Leute nicht kümmert, was mit ihren Mitmenschen geschieht, so sinkt die Zustimmung zu dieser Aussage im Sommer 2020 auf rund ein Fünftel deutlich ab. Im Februar 2022 hingegen ist die Zustimmung auf fast 60 Prozent angestiegen – was weitaus mehr ist als 2017 oder zu Beginn der Pandemie. An die Stelle der Wahrnehmung einer besonders ausgeprägten Solidarität ist inzwischen das Gegenteil getreten. Für diesen Befund spricht auch, dass 28 Prozent der Befragten heute sagen, man könne sich auf niemanden mehr verlassen. Vor zwei beziehungsweise fünf Jahren sind es rund halb so viele.

Selbst der zeitweise Zugewinn an Solidarität im Laufe des Jahres 2020 ist trügerisch, kommt er doch nicht bei allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen an. Gerade bei Menschen in prekären Lebenslagen, also mit geringem Einkommen und niedriger formaler Bildung, stagnierten diese Werte auch in der frühen Phase der Pandemie (Brand et al 2021). Bereits hier finden sich also Belege dafür, dass vor allem jene Personen Unterstützung erfahren, die bereits zuvor gut in die Gesellschaft eingebunden sind (Höltmann und Hutter 2021). Anders gewendet: Der gesellschaftliche Zusammenhalt erweist sich für jene, die vor der Krise bereits stark eingebunden sind, als sicherer Halt und wichtige Quelle von Solidarität. Wer hingegen schon zuvor nur schwach gesellschaftlich verknüpft ist, hat in der Krise ein höheres Risiko durch die Maschen zu rutschen.

Abbildung 6: Vertrauen und Solidarität im Zeitverlauf



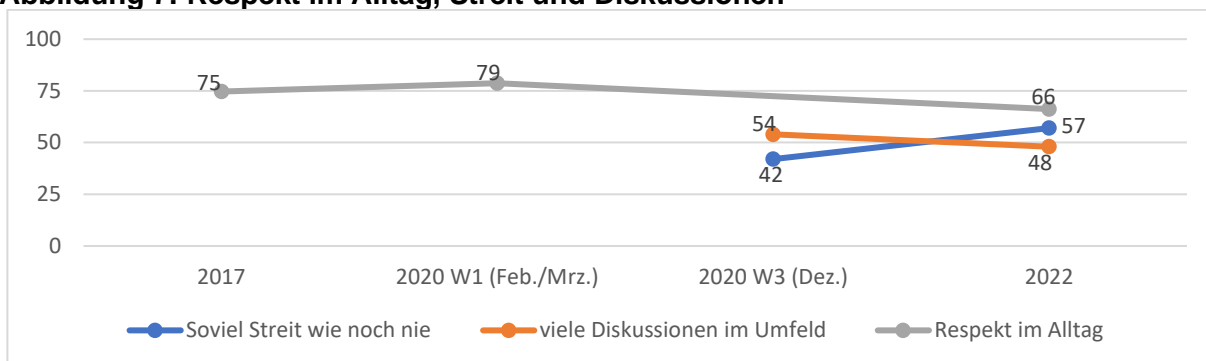
Anmerkung: Angeben sind zum einen der Mittelwert (Achse rechts) der Antworten auf die Frage „Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen vertrauen kann. Andere meinen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann. Wie ist das Ihrer Meinung nach? Antworten Sie bitte auf einer Skala von 0, man kann nicht vorsichtig genug sein, bis 10, man kann den meisten Menschen vertrauen“ sowie in Prozent (Achse links) die Zustimmung „stimmt völlig“ und „stimmt ziemlich“ zu den Aussagen „Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht“ und „Heutzutage kann man sich auf niemanden verlassen“.

Neben der wahrgenommenen Solidarität spielt für den Zusammenhalt das generelle Vertrauen eine zentrale Rolle. In unseren Erhebungen verzeichnen wir zwischen 2017 und 2020 einen Anstieg des durchschnittlichen Vertrauens von 5,3 auf 5,7 auf einer Skala von 0 bis 10. Und selbst in den ersten Pandemiemonaten erhöht sich das Vertrauen trotz reduzierter Kontakte noch einmal auf 6,3. Dahinter liegt aber ein deutlich langfristiger Trend, wie eine Auswertung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung anhand von Daten des Sozio-ökonomischen Panels zeigt (Adriaans et al 2021): Demnach steigt der Anteil der Menschen, die ein sehr hohes Vertrauen ausweisen, in der Zeit zwischen 2003 und 2021 von rund 7 auf rund 23 Prozent. Unsere Daten belegen nun, dass bereits zum Jahresende 2020, entgegen dieses langfristigen Trends, der Durchschnittswert wieder unter den Ausgangswert aus dem Februar und März desselben Jahres gesunken ist. Im Februar 2022 liegt das generelle Vertrauen wieder auf dem Niveau unserer Messung von 2017.

6 Diskussionskultur und Umgang miteinander

Eine Verrohung der Debattenkultur und ein zunehmend konfliktreicher Umgang miteinander wird spätestens seit dem Auftreten der sogenannten „Querdenker-Proteste“ diagnostiziert. Inzwischen sind Fackelaufmärsche vor den Privatwohnungen von Politiker:innen hinzugekommen. Aber bereits vor der Pandemie war häufig davon die Rede, dass die Schärfe der Auseinandersetzungen zunimmt und der respektvolle Umgang miteinander ins Hintertreffen gerät. Tatsächlich können wir jedoch für den Zeitraum 2017 bis 2020 sogar einen Anstieg des wahrgenommenen Respekts im Alltag auf einem relativ hohen Niveau verzeichnen. Mehr als drei Viertel der Befragten sagen, dass sie von den meisten Menschen in ihrem Alltag mit Respekt behandelt würden. Auch dieser Trend kehrt sich im zweiten Jahr der Pandemie um. Im Februar 2022 sagt zwar immer noch eine Mehrheit, sie würde im Alltag mit Respekt behandelt, aber der Wert ist 13 Prozentpunkte niedriger als im Februar/März 2020.

Abbildung 7: Respekt im Alltag, Streit und Diskussionen



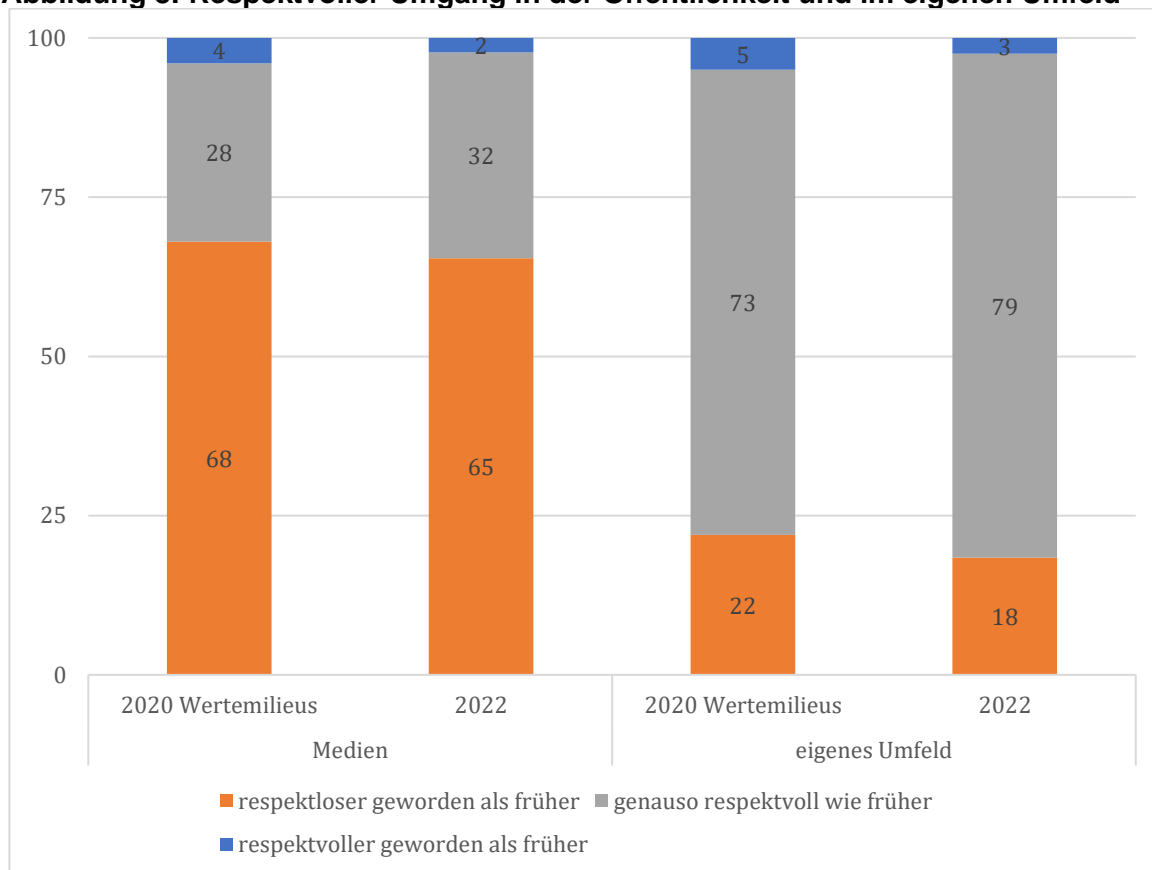
Anmerkung: Angeben sind in Prozent die Zustimmung „stimmt völlig“ und „stimmt ziemlich“ zu den Aussagen „Auch früher gab es schon viele strittige Themen in unserer Gesellschaft, aber so viel Streit wie heute, gab es noch nie“, „In meinem persönlichen Umfeld gibt es gegenwärtig viele Diskussionen darüber, was im Umgang mit der Pandemie richtig und was falsch ist“ sowie „Die meisten Menschen, mit denen ich im Alltag zu tun habe, begegnen mir mit Respekt“.

Offenbar liegt das nicht daran, dass es im Gegensatz zu früher mehr oder heftigere Diskussionen im Familienkreis, unter Freund:innen oder Kolleg:innen gibt. Der Anteil derjenigen, die von vielen Diskussionen über Corona im eigenen Umfeld berichten, sinkt sogar leicht von 54 Prozent Ende 2020 auf 48 Prozent Anfang 2022 (Abbildung 7). Die Diskussionen im eigenen Umfeld beschreiben die Befragten auch weiterhin überwiegend als genauso respektvoll wie früher (79 Prozent, siehe Abbildung 8). Hingegen nimmt der Anteil derjenigen von 42 Prozent auf 57 Prozent deutlich zu, die der Meinung sind, dass es in der Gesellschaft insgesamt heute so viel Streit wie noch nie gibt. Interessant ist hierbei, dass gerade die älteren Befragten (über 50 Jahre), die womöglich am ehesten über Vergleichsmaßstäbe verfügen, deutlich häufiger der Ansicht sind, es gebe heute mehr Streit als jemals zuvor (67 Prozent). Die jüngeren Befragten (unter 35 Jahre) vertreten diese Ansicht mit 48 Prozent unterdurchschnittlich häufig. Aber auch von ihnen werden die Diskussionen im öffentlichen Diskurs als zunehmend respektlos wahrgenommen.

Auch die hin und wieder geäußerte Sorge, zahlreiche Freundschaften seien aufgrund unterschiedlicher Ansichten im Hinblick auf die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung zerbrochen, lassen sich nur für einen

kleinen Teil der Befragten bestätigen: Nur rund 15 Prozent geben an, im Streit über Themen rund um die Corona-Pandemie persönlich schon Freund:innen verloren zu haben. Auffällig ist hierbei, dass unter den Ungeimpften der Anteil höher liegt. Tatsächlich gibt es empirische Belege dafür, dass in der polarisierten Stimmungslage rund um die Impfung vor allem Befürworter:innen einer Impfung jene Personen negativer bewerten, die die Impfung ablehnen (Rapid Covid 2021). Es spricht also einiges dafür, dass vor allem sogenannte Impfgegner:innen auf deutlichen Widerspruch und auch Ablehnung in ihren sozialen Beziehungen stoßen und im Zuge dessen auch persönliche Freundschaften zerbrechen.

Abbildung 8: Respektvoller Umgang in der Öffentlichkeit und im eigenen Umfeld



Anmerkung: Angaben sind in Prozent die Antworten auf die Fragen „In der Öffentlichkeit, im Fernsehen, in Zeitungen, aber auch in den sozialen Medien werden immer wieder wichtige Themen diskutiert. Haben Sie den Eindruck, die Diskussionen sind in diesem Jahr ...“ sowie „Und wie ist das in Ihrem eigenen persönlichen Umfeld: Wie nehmen Sie die Diskussionen über wichtige Themen wahr, wenn Sie direkt mit Ihren Freund:innen und Bekannten darüber sprechen. Sind diese Diskussionen in letzter Zeit ...“. Als Antwortmöglichkeiten standen jeweils zur Verfügung „respektloser geworden als früher“, „genauso respektvoll wie früher“ oder „respektvoller geworden als früher“.

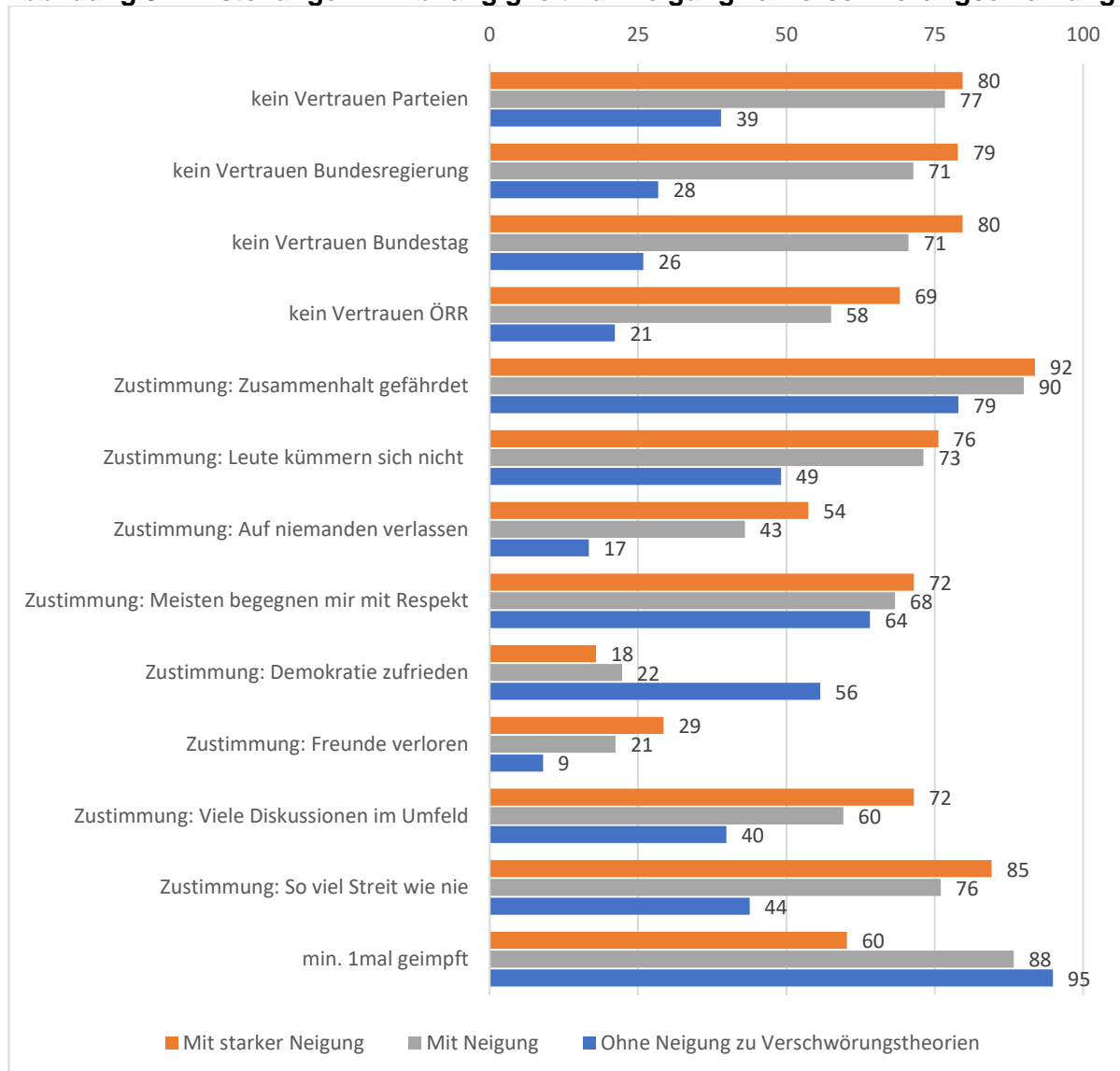
7 Verschwörungsglaube und der Protest gegen die Corona-Maßnahmen

In den letzten Monaten war das innergesellschaftliche Konfliktgeschehen vor allem von den sogenannten Coronaprotesten geprägt und den in diesem Zusammenhang immer wieder geäußerten Verschwörungstheorien. Der Glaube an und die Neigung zu solchen Erzählungen bei einem nicht unerheblichen Anteil der Protestierenden kann als ein Faktor angesehen werden, der den gesellschaftlichen Zusammenhalt belastet. Zwar ist das Aushandeln von unterschiedlichen Interessen in einer pluralen Demokratie der Normalfall und grundsätzlich unterschiedliche Ansichten müssen nicht notwendig das gemeinsame Fundament des Diskurses beschädigen. In der Auseinandersetzung mit Menschen, die von einer Verschwörung überzeugt sind, wird jedoch eben diese Basis

selbst infrage gestellt. Wenn keine Einigkeit über die Faktenlage möglich ist und jeder Widerspruch nur als weiterer Ausdruck der Verschwörung angesehen wird, ist eine rationale Konfliktaustragung fast unmöglich.

Rund 40 Prozent aller Befragten sind im Februar 2022 der Auffassung, dass die Regierung bei vielen Ereignissen die Wahrheit verschleiern würde. Dies ist ein eher „weicher“ Indikator für die Neigung zu Verschwörungstheorien, der aber zeigt, dass grundsätzlich ein großes Potential hierfür besteht. Deutlich konkreter wird es bei einer weiteren Frage, die wir gestellt haben: 15 Prozent der Befragten halten die Coronapandemie für einen einzigen Schwindel und sind der Auffassung, die Schutzmaßnahmen seien eine hysterische Überreaktion. Beiden Aussagen zusammen stimmen 12 Prozent der Befragten zu.

Abbildung 9: Einstellungen in Abhängigkeit zur Neigung zu Verschwörungserzählungen



Anmerkung: Angaben sind in Prozent die Antworten auf unterschiedliche Fragen differenziert nach der Neigung zu Verschwörungserzählungen.

Erwartungsgemäß unterscheiden sich die Befragten in Abhängigkeit von ihrer Neigung zu Verschwörungserzählungen in ihrem sonstigen Antwortverhalten deutlich. Abbildung 9 zeigt die Antworten auf verschiedene weitere Fragen, differenziert danach, wie sehr die Befragten zum Glauben an Verschwörungen neigen. „Ohne Neigung“ bezeichnet jene Befragte, die keiner der beiden oben genannten Aussagen zustimmen (59 Prozent), „mit Neigung“ jene, die sagen, die Regierung würde bei vielen Ereignissen die Wahrheit verschleiern, aber nicht denken, die Coronapandemie sei ein Schwindel (27 Prozent). „Mit starker Neigung“ sind alle jene gemeint, die beiden Aussagen gleichzeitig zustimmen (12 Prozent).

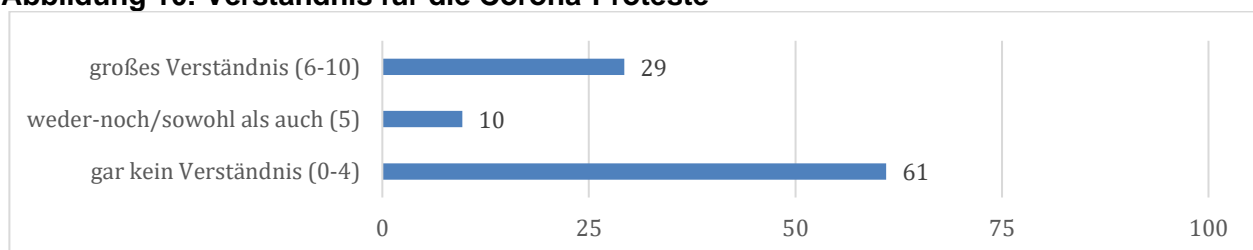
Sichtbar wird, dass diejenigen mit einer starken Neigung zwar das extremste Antwortverhalten aufweisen, jedoch die Unterschiede zu jenen, die nur dem „schwächeren“ Indikator zustimmen, eher gering ausfallen. So haben Befragte, die zu Verschwörungstheorien neigen, ein ausgeprägteres Misstrauen gegenüber politischen Institutionen und auch dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, sind häufiger der Meinung, der Zusammenhalt sei gefährdet oder die Leute würden sich nicht um ihre Mitmenschen kümmern. Sie haben auch doppelt, beziehungsweise sogar dreimal so häufig Freund:innen im Streit über die Pandemie verloren wie Befragte, die Verschwörungserzählungen nicht anhängen. Außerdem erleben sie sowohl in ihrem eigenen Umfeld mehr Diskussionen als auch die Gesellschaft insgesamt als zerstrittener.

Deutlich zeigen sich die Unterschiede auch beim Impfstatus. Während in der Gesamtstichprobe 88 Prozent aller Befragten angeben, mindestens einmal geimpft worden zu sein, sind es unter denjenigen, die beiden Indikatoren für Verschwörungsglauben zustimmen, lediglich 60 Prozent, unter denen „mit Neigung“ 88 Prozent und unter denen, die an keine Verschwörungserzählungen glauben, sind zu 95 Prozent geimpft.¹ Ein Hoffnungsschimmer ist allerdings, dass laut anderer Untersuchungen die Zahl derjenigen, die an Verschwörungen glauben, im Zuge der Pandemie eher zurückgegangen ist und keineswegs zugenommen hat (Rees und Lamberty 2019; Lamberty und Rees 2021; Spöhri und Eichhorn 2021).

Im Hinblick auf die aktuellen Proteste gegen die Coronamaßnahmen, die sogenannten „Spaziergänge“, konnten die Befragten auf einer Skala von 0 (gar kein Verständnis) bis 10 (großes Verständnis) ihre Haltung zum Ausdruck bringen. Weniger als ein Drittel der Befragten äußert aktuell Verständnis für die Proteste gegen die Coronamaßnahmen (Werte 6 bis 10). Dieser Befund steht im Einklang mit einer anderen, fast zeitgleich durchgeführten Befragung (Faus 2022), in der 30 Prozent angeben, Verständnis für die Spaziergänger zu haben.

Der Mittelwert der Zustimmung liegt bei 4,6 auf der Skala von 0 bis 10, was bedeutet, dass die Befragten im Mittel kein Verständnis für die Proteste haben. Aufgeschlüsselt nach unterschiedlichen Eigenschaften der Befragten ergibt sich ein durchaus differenziertes Bild: Unter jüngeren Befragten, Ostdeutschen und vor allem Ungeimpften sowie Anhänger:innen von Verschwörungstheorien ist das Verständnis für die Proteste ausgeprägter als in anderen Bevölkerungsteilen. Bildung und Einkommen spielen hingegen eine untergeordnete Rolle.

Abbildung 10: Verständnis für die Corona-Proteste

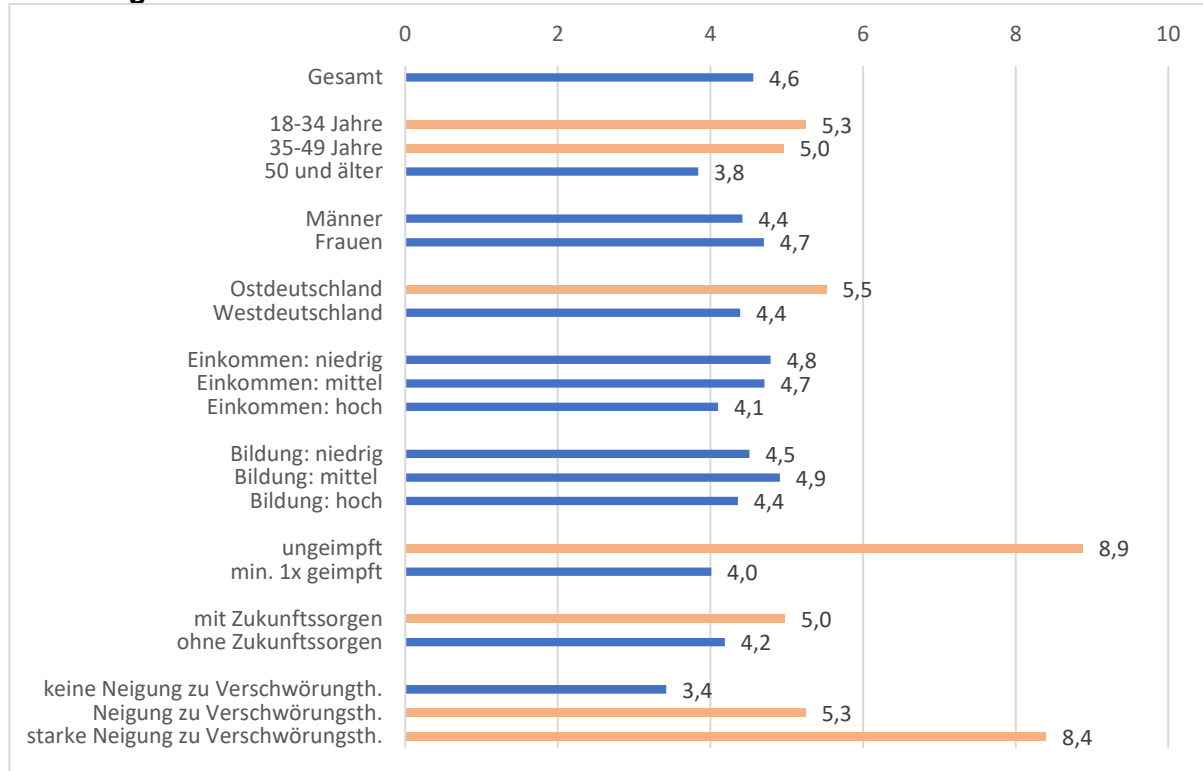


Anmerkung: Angeben sind in Prozent die Antworten auf die Frage „Aktuell protestieren regelmäßig Menschen in unterschiedlichen Städten gegen Einschränkungen und Regeln zur Bekämpfung der Pandemie. Wie viel Verständnis haben Sie für diese Proteste?“. Die Befragten konnten auf einer Skala von 0, gar kein Verständnis, bis 10, sehr großes Verständnis, antworten.

In Abbildung 11 sind die Mittelwerte derjenigen Gruppen orange markiert, die eher zum Verständnis neigen (Werte größer/gleich 5). Die oben bereits genannte Umfrage (Faus 2022) hat weitere Merkmale erhoben. Dabei zeigt sich, dass insbesondere Anhänger:innen der AfD sich eine Teilnahme an solchen Spaziergängen vorstellen können. Außerdem wurde anhand von weiteren Einstellungsmerkmalen eine soziale Segmentierung vorgenommen, die sich an einer früheren Untersuchung (Faus et al 2016) orientiert.² In der aktuellen Umfrage zeigt sich nunmehr, dass insbesondere sogenannte „antimoderne Konservative“ und „desillusionierte Abgehängte“ deutlich überproportional die Bereitschaft signalisieren, an Corona-Spaziergängen teilzunehmen (Faus 2022).

¹ Das RKI hat für den Befragungszeitraum im Februar angegeben, dass rund 86 Prozent der Personen über 18 Jahre mindestens einmal geimpft waren.

² Insgesamt werden acht Segmente herausgearbeitet. Desillusionierte Abgehängte: Politisch und wirtschaftlich unzufriedenes und resigniertes Prekariat, mit großen Zukunftssorgen und Angst vor Veränderung; Antimoderne Konservative: Traditionelles, sicherheitsbedachtes Segment, das sich einen schlanken Staat und die Rückkehr zu mehr Nationalstaatlichkeit wünscht (Faus et al 2016: 66)

Abbildung 11: Verständnis für Proteste ausdifferenziert nach unterschiedlichen Merkmalen

Anmerkung: Angeben sind die Mittelwerte der Antworten auf die Frage „Aktuell protestieren regelmäßig Menschen in unterschiedlichen Städten gegen Einschränkungen und Regeln zur Bekämpfung der Pandemie. Wie viel Verständnis haben Sie für diese Proteste?“. Die Befragten konnten auf einer Skala von 0, gar kein Verständnis, bis 10, sehr großes Verständnis, antworten. Die Werte wurden ausdifferenziert für unterschiedliche Merkmale. Farblich hervorgehoben sind jene Gruppen, die im Durchschnitt die Skalenmitte erreichen bzw. überschreiten (min. 5).

8 Fazit

Die hier präsentierten Ergebnisse und Datenverläufe können eine umfangreiche Untersuchung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland in all seinen Facetten nicht ersetzen. Trotzdem bieten sie eine Momentaufnahme des aktuellen Zustands nach 24 Monaten im Corona-Krisenmodus. Die Gesellschaft ist gezeichnet von der Pandemie, die Krise hat ihre Spuren hinterlassen: Nicht nur die Sorge um den Zusammenhalt hat zu- und die allgemeine Lebenszufriedenheit abgenommen, es finden sich auch eine Reihe von Hinweisen darauf, dass die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders tatsächlich gelitten hat. So hat das politische Vertrauen an Kraft verloren und die Zufriedenheit mit der Demokratie ist deutlich gesunken. Auch im zwischenmenschlichen Bereich kriselt es: Während Solidarität und Hilfsbereitschaft am Anfang der Pandemie ein Hoch erleben, sind sie in der Wahrnehmung der Menschen inzwischen sogar mehr als vor der Pandemie auf dem Rückzug. Bedenklich ist hierbei, dass Menschen mit geringerem Einkommen und niedrigerer formaler Bildung weniger Vertrauen haben in politische Institutionen, weniger zufrieden sind mit der Demokratie und auch weniger Solidarität wahrnehmen als andere. Das soziale Gefüge, das Zusammenhalt schafft, ist also nicht für alle im gleichen Maße brüchig geworden. Das genauer zu analysieren und praktische Konsequenzen zu ziehen, ist eine wichtige Aufgabe für die Politik, erst recht mit Blick auf künftige Krisenkonstellationen.

Sicherlich spielen Frust, Erschöpfung und Enttäuschung mit andauernder Pandemie eine zentrale Rolle. Solidarität und Rücksichtnahme lassen sich nicht unendlich lange aufrechterhalten. Gegenwärtig erleben wir angesichts des entsetzlichen Krieges in der Ukraine erneut ein Zusammenrücken und eine große Solidarität: Allerorten werden private Hilfstransporte auf die Beine gestellt, Familien bieten Unterkünfte für Geflüchtete an und Kulturschaffende organisieren Benefiz-Konzerte. Wie anhaltend diese kohäsive Kraft ist und wie gut abrufbar sie bleibt, wenn die Krise andauert, das lässt sich noch nicht absehen. Vermutlich wird aber auch hier die Erschöpfung zunehmen, erst recht, wenn mögliche soziale Auswirkungen hierzulande spürbar werden.

Umso entscheidender ist es, auf politischer Ebene einen Rahmen zu schaffen und zu erhalten, der Ermüdung und Frust entgegenwirkt: Dazu dient ein vorausschauendes, zwischen den Ressorts klug abgestimmtes politisches Handeln, das in der Öffentlichkeit vermittelbar ist und von den Protagonist:innen erklärt werden kann. Da aber vorausschauendes Tun in einer krisenhaften Zeit schwer ist, gehören auch dazu Ehrlichkeit in Bezug auf mögliche Irrtümer und – das zeigt sich in der aktuellen Krise des Ukraine-Krieges besonders deutlich – der Mut, Dilemmata auszusprechen und schmerzhaft Entscheidungen gut zu begründen.

Möglicherweise werden wir irgendwann sagen, dass diese Pandemie uns weniger gefordert hat als noch kommende Krisen. Und tatsächlich ist trotz aller Verwerfungen zu konstatieren, dass die in der vorliegenden Untersuchung gemessenen Rückgänge beim Zusammenhalt zwar merklich ausfallen, aber keineswegs auf ein Auseinanderbrechen und oder eine Spaltung hinauslaufen. Davon auszunehmen sind vielleicht die Anhänger:innen von Verschwörungstheorien. Zwar ist ihre Zahl gering und hat im Verlauf der Pandemie sogar eher abgenommen, allerdings lassen sie sich nicht ohne Weiteres in ein gesellschaftliches Miteinander hineinholen, das von einem Grundkonsens getragen ist, den sie ablehnen. Hier sind, zumindest auf der Werteebene, die Grenzen der Integrationsfähigkeit einer offenen Gesellschaft erreicht. Jedoch machen die Ergebnisse unserer Erhebungen auch deutlich, dass es wichtig ist, trotzdem Türen offenzuhalten. Denn die in der Gruppe der Impfgegner:innen und Verschwörungsgläubigen weit verbreiteten Erfahrungen von sozialer Kälte, Zerstrittenheit und zerbrechenden Freundschaften lassen eine existenzielle Not erkennen, die der Ansprache bedarf. Radikalisierungsversuche haben hier ein leichtes Spiel, wenn es nicht gelingt, diese Menschen mit ihren Ängsten und Enttäuschungen auf andere Weise abzuholen. Hierbei wird es auch darauf ankommen, eine plurale, glaubwürdige Medienöffentlichkeit zu bewahren und gezielten Falschmeldungen sowie professionell gesteuerten Manipulationskampagnen etwas entgegenzusetzen.

Bemerkenswert ist, dass die Menschen in ihrem Nahumfeld kaum Zerstrittenheit wahrnehmen und die Diskussionen als gleichbleibend respektvoll erachten. Das könnte als Zeichen für homogenisierte „Blasen“ gewertet werden, in denen eine Auseinandersetzung mit anderen Meinungen gar nicht mehr stattfindet. Die Tatsache aber, dass gerade Verschwörungsgläubige das anders erleben, spricht vielmehr dafür, dass in diesem Nahraum die entscheidenden Ressourcen für ein gelingendes gesellschaftliches Miteinander gewahrt werden und abgerufen werden können.

Wesentlich wird es dafür künftig sein, in der Gesellschaft eine gemeinsame Vorstellung davon zu entwickeln, wofür wir uns einsetzen jenseits der bloßen Krisenbewältigung. Auf Dauer führt diese notgedrungen irgendwann zur Erschöpfung. Das Zusammenstehen gegen einen gemeinsamen Gegner – sei es ein Virus oder ein militärischer Aggressor – mobilisiert zunächst eine starke Kraft. Aber auf lange Sicht und erst recht angesichts der Jahrhundertaufgabe des Klimaschutzes benötigen wir eine überzeugende Erzählung davon, was unsere offene Gesellschaft ausmacht und warum wir alles daransetzen werden, das zu verteidigen, was aus unserer Sicht Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausmacht. Auch in der Pandemiepolitik sollte dieser Anspruch leitgebend gewesen sein. Wenn es noch nicht gelungen ist, das zu vermitteln, wäre es an der Zeit, das nachzuholen.

9 Literatur

Adriaans, Jule; Eisnecker, Philipp; Kroh, Martin; Kühne, Simon (2021): Corona-Pandemie: Vertrauensvolle Menschen sind eher zur Impfung bereit und halten sich eher an AHA-Regeln. DIW aktuell Nr. 66 – Juni 2021. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.820364.de/diw_aktuell_66.pdf

Arant, Regina; Dragolov, Georgi; Boehnke, Klaus (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/sozialer-zusammenhalt-in-deutschland-2017?tx_rsmbstpublications_pi2%5Bpage%5D=1&cHash=c9f4fbc4c4efe1069272105af653445b

Bischoff, Lars; Matthiess, Theres; Vehrkamp, Robert (2020): Regieren in Zeiten der Pandemie. Blogbeitrag. <https://blog.vielfaltleben.de/2020/12/09/regieren-zu-zeiten-der-pandemie/>

Brand, Thorsten; Follmer, Robert; Hölscher, Jana; Unzicker, Kai (2021): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie. Ergebnisse einer Längsschnittstudie in Deutschland 2020 mit drei Messzeitpunkten. Bertelsmann Stiftung. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-zeiten-der-pandemie>

Caritas Deutschland (2022): Caritas-Umfrage: Corona lässt das Wir-Gefühl in der Gesellschaft schwinden. <https://www.caritas.de/presse/pressemitteilungen-dcv/caritas-umfrage-corona-laesst-das-wir-gefuehl-in-der-gesellschaft-schwinden-ecdfb986-eb9d-493b-bf30-3cee60f88442>

- Dragolov, Georgi; Ignác, Zsófia; Lorenz, Jan; Delhey, Jan; Boehnke, Klaus (2014): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland. Bertelsmann Stiftung.
https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland?tx_rsbstpublications_pi2%5Bpage%5D=4&cHash=9a09aace945f327422de028ab9a55f76
- El-Menouar, Yasemin (2021): Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl. Sieben Wertemilieus und ihre Sicht auf Corona. Bertelsmann Stiftung.
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/zwischen-individueller-freiheit-und-gemeinwohl-all>
- El-Menouar, Yasemin; Unzicker, Kai (2021): Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit – Wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen. Bertelsmann Stiftung.
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/klimawandel-vielfalt-gerechtigkeit>
- Faus, Jana; Faus, Rainer; Gloger, Alexandra (2016): Kartografie der politischen Landschaft in Deutschland. Friedrich-Ebert-Stiftung.
<https://library.fes.de/pdf-files/dialog/12764.pdf>
- Faus, Rainer (2022): Pollytix-Politikmonitor Februar 2022.
https://pollytix.de/wp-content/uploads/2022/02/pollytix_Politikmonitor_Februar22.pdf
- Follmer, Robert; Brand, Thorsten; Unzicker, Kai (2020): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie. Bertelsmann Stiftung.
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-deutschland-2020>
- Höltmann, Gesine; Hutter, Swen (2021): Viel Hilfsbereitschaft, viel Protest. Polarisierung und Zusammenhalt liegen in der Pandemie nah beieinander. WZB-Mitteilungen / 172, Online-Beitrag.
<https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen/polarisierung-und-gesellschaft/viel-hilfsbereitschaft-viel-protest>
- Kohlrausch, Bettina; Hövermann, Andreas (2022): Corona: Weniger Erwerbstätige fürchten um Job, aber hohes Belastungsgefühl. Neue Welle der Erwerbspersonenbefragung. WSI Pressedienst.
https://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2022_02_16.pdf
- Lamberty, Pia; Rees, Jonas (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Andreas Zick und Beate Küpper (Hrsg.). Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, S. 283 - 299
- Rapid-Covid (2021): Pandemie und Polarisierung. (Wechselseitige) Wahrnehmung von Befürworter*innen und Gegner*innen der Corona-Maßnahmen. Policy Brief 3/2021
- Rees, Jonas; Lamberty, Pia (2019) Mitreißende Wahrheiten: Verschwörungsmutten als Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Andreas Zick et al. (Hrsg.): Verlorene Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019, S. 203 – 222.
- Schulz, Leonie; Faus, Rainer (2022): Gesellschaft im Corona-Stresstest. Sorgen und Hoffnungen in Zeiten der Pandemie. Friedrich-Ebert-Stiftung
<http://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18758.pdf>
- Spöhri, Tobias; Eichhorn, Jan (2021): Wer glaubt (nicht mehr) an Corona-Verschwörungsmutten? Eine Analyse der Verbreitung derartiger Mythen in Deutschland 2020 – 2021. D|part – Think Tank für politische Partizipation.
https://dpart.org/wp-content/uploads/2021/12/Wer-glaubt-nicht-mehr-an-Corona-Versch%3%B6rungsmutten_final.pdf
- Unzicker, Kai (2019): Gesellschaftlicher Zusammenhalt und das Vertrauen in politische Institutionen im Zeitvergleich. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien – Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt?, S. 12 – 21.
<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/schwindendes-vertrauen-in-politik-und-parteien>

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Kai Unzicker
Senior Project Manager
Telefon +49 5241 81-81405
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de